

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Rates vom 14.04.2021

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

4. Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2021

4.2.1 Haushalt 2021 - Konzeptionelle Zielsetzung zur Schaffung von zusätzlichem (gefördertem) Wohnraum in unserer Stadt

Herr Wittenburg verweist dazu auf die Einlassungen der VOLT-Fraktion unter Punkt 3.4.

Herr Groß fragt nach, ob die seinerzeit beschlossene Quote von 25% der Flächen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau auch hier für alle neuen MFH-Flächen gelten soll. Die im Antrag gewählte Formulierung ist nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen missverständlich.

Herr Schiltz erklärt, dass für alle Neubaugebiete die genannte Quote von 25% gelten soll. Darüber hinaus sollen bei städtischen Grundstücken in bestehenden Baugebieten, wo eine Mehrfamilienhausbebauung möglich ist, diese Quote zusätzlich angewandt werden.

Beschluss

- a) Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für den Bau von mindestens 1.000 zusätzlichen Wohneinheiten in den nächsten fünf Jahren durch Ausweisung neuer Wohnbaugebiete, Nachverdichtung, Vermarktung von Baulücken und anderer geeigneter Maßnahmen in unserer Stadt zu schaffen und darüber jährlich einen Umsetzungsbericht dem Rat und den zuständigen Fachausschüssen vorzulegen. Grundlage dafür sind die bereits getroffenen Entscheidungen zu den geplanten Wohnbaugebieten am Schießberg, am Wellersberg und am Giersberg. Weitere Wohnbaugebiete sollen aus dem Wohnbaulandkonzept 2018 - über das Stadtgebiet verteilt - entwickelt werden. Zusätzliche Wohnbauflächen, wie das ELIH-Gelände in Geisweid, sollen auf ihre Umsetzbarkeit hin untersucht werden.
- b) In neuen Wohnbaugebieten sollen mindestens 25 % der realisierten Bruttogeschossfläche für den Bau von gefördertem Wohnraum festgesetzt werden. Auf städtischen Grundstücken, die für eine Mehrfamilienhausbebauung vermarktet werden, sollen mindestens 25 % der realisierten Bruttogeschossfläche für den Bau von gefördertem

Wohnraum festgesetzt werden. Adäquate Flächen für soziale Infrastruktur wie Spielplätze, Kindertagesstätten oder Grünflächen sollen in neuen Wohnbaugebieten ebenfalls vorgesehen werden.

- c) Die Verwaltung wird beauftragt, ein Anreizsystem dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, um den Bau von gefördertem Wohnraum und energiesparenden Gebäuden voranzubringen, z. B. mittels Kaufpreisnachlässen bei städtischen Grundstücken, finanziellen Zuschüssen und Förderberatung zu KfW-Krediten sowie weiteren Förderprogrammen.

Beratungsergebnis: 61 Stimmen dafür, 3 dagegen, 4 Enthaltungen

4. Rat 14.04.2021
